

Das Niedersachsenross wird "privatisiert"

Autor(en): **Hartmann, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339591>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Niedersachsenross wird «privatisiert»

Die Profilierungssucht des als Kanzlerkandidaten unsanft aus dem Rennen geworfenen Ernst Albrecht, Ministerpräsidenten in Niedersachsen, wirkt immer grotesker. Nicht genug damit, dass er hartnäckig den NDR als Dreiländeranstalt zerschlagen will, um regierungshörige Sender zu installieren, jetzt will er mit seinem CDU-Kabinett auch staatliche Einrichtungen liquidieren.

Universitäten, Schulen, Theater, Museen, Schwimmbäder, Verkehrseinrichtungen, Schlachthöfe, Kanalisationsnetze sollen privatisiert werden. Da es sich hierbei zum Teil um Einrichtungen handelt, die subventionsbedürftig sind, können an die Unternehmer ehemaliger Staatsbetriebe Subventionen gezahlt werden. Das nennt sich in Niedersachsen «private Eigentumsbildung». Mit anderen Worten: Zuerst werden staatliche Einrichtungen verschleudert. Dann sollen Steuergelder den privaten Trägern Gewinne ermöglichen.

Und da die Dienstleistungen kaufmännisch kalkuliert werden, lassen sich schon jetzt gepfefferte Preiserhöhungen voraussagen. Im kulturellen Bereich bietet sich für die Regierung dabei die günstige Möglichkeit, Nonkonformisten kaltzustellen, denn kürzlich wurde dem Kabarettisten Dietrich Kittner bereits ein bescheidener Zuschuss gestrichen. Geprellt werden aber nicht nur die Bürger, sondern auch die Angehörigen im öffentlichen Dienst. Soweit sie nicht anderweitig untergebracht werden können, wird ihnen nämlich von der CDU-Regierung keine Garantie für den sozialen Besitzstand geboten. Damit verletzt das Land die Fürsorgepflicht.

Die Wirtschaftsministerin Birgit Breuel will durch eine Beschränkung der Haushaltsansätze einen «Privatisierungsdruck» ausüben, um die neokapitalistische Ideologie in die Praxis umzusetzen. Diese Tendenz geht in Niedersachsen soweit, dass die Regierung Albrecht den sozialen Wohnungsbau immer mehr vernachlässigt. Die IG Bau-Steine-Erden warf der Regierung eine «unsoziale Wohnungsbaupolitik» vor. Die Zahl der Wohnungen für sozial schwache Antragsteller ging von 7000 im Jahr 1974 auf 689 im Jahr 1978 zurück. 1979 werden nur noch Eigentumswohnungen aber keine Mietwohnungen mehr gefördert.

Hannover hat 1979 Zuschüsse für den Wohnungsbau in Höhe von 34 Millionen Mark verfallen lassen, die Bonn bei entsprechender Beteiligung des Landes gezahlt hätte. Es klingt daher wie Hohn, wenn die Wirtschaftsministerin ausgerechnet von der Kanzel der Celler Stadtkirche die überzogenen Erwartungen an den Staat beklagte. Es fehlte nur noch ein Hinweis darauf, dass Villenbesitzer bevorzugt im Himmel aufgenommen werden.

Unter «Strahlemann» Albrecht wittert die Industrie Morgenluft, wie die

Steueropposition gegen die Stadt Hannover zeigte. Durch den Wegfall der Lohnsummensteuer in Höhe von 118 Millionen wollte die Stadt als Ausgleich die Gewerbesteuer erhöhen, um einen Teilausgleich von 70 Millionen zu erhalten. Die betroffenen Firmen hätten also insgesamt 50 Millionen weniger gezahlt. Doch das genügte den Kapitaleignern noch nicht. Bahlsen, Preussag, Conti, Deutsche Shell und andere drohten, die Stadt zu verlassen.

Die Industrie- und Handelskammer blies ins gleiche Horn und sprach von dem Verlust von «zigtausend Arbeitsplätzen». Schliesslich kam es zu einem Kompromiss auf Kosten der Stadt und der Einwohner, bei dem die Unternehmen besser abschneiden als geplant. Selbstverständlich waren viele Bürger, die keine derartigen Steuernachlässe erzwingen können, erbost, über die Erpressungsversuche. Der DGB hatte zuvor die Erwartung ausgesprochen, dass sich Rat und Verwaltung den Pressionen aus der Wirtschaft nicht beugen, sondern eine am Gesamtwohl orientierte Entscheidung treffen würden. Aber Sieger blieb das Kapital.